



Interview

Internationaler Jugendaustausch und Politische Theorie

PRAXIS TRIFFT THEORIE – EIN GESPRÄCH ZWISCHEN DR. STEFAN SCHÄFER UND KNUT MÖLLER. HAMBURG UND KÖLN, DEZEMBER 2021.

Knut Möller: Stefan, vielen Dank, dass du dir die Zeit für dieses Gespräch nimmst. Bevor wir zu deinem Buch kommen, eine persönliche Frage: Welche Beziehung hast du – neben deiner wissenschaftlichen Arbeit – zum Jugendaustausch?

Stefan Schäfer: Ich habe als Jugendlicher selbst Erfahrungen im Jugendaustausch gemacht: Im Alter von 15 und 16 Jahren habe ich an einer über meinen Sportverein organisierten deutsch-englischen Jugendbegegnung teilgenommen. Das war eine tolle Erfahrung! Wir waren in Familien untergebracht, tagsüber gab es Programm und abends haben wir uns in der Stadt oder bei anderen Teilnehmenden im Garten getroffen. Es war eine stark freizeitorientierte Jugendbegegnung, es gab keine Begleitseminare. Ich fand das damals aber auch nicht schlimm. Während meines Studiums der Sozialen Arbeit in Köln habe ich mich dann später auch als Teamer in der Jugendakademie Walberberg in Bornheim engagiert. Dabei habe ich ganz unterschiedliche Seminare gemacht, hauptsächlich zur politischen Bildung und Berufsorientierung mit sogenannten benachteiligten Jugendlichen. Relativ bald bin ich dann auch im internationalen Bereich der Jugendakademie tätig geworden, die Austauschprojekte mit Bosnien organisierte. Hier habe ich unglaublich viel gelernt – nicht nur, was die Seminararbeit mit den Jugendlichen oder die Organisation und Durchführung von Jugendbegegnungen angeht, sondern auch, was den Austausch mit den beteiligten Organisationen und Pädagog*innen betrifft.

Begleiten dich deine praktischen Erfahrungen auch in deiner wissenschaftlichen Arbeit?

Ja, durchaus. Bei den Austauschprojekten konnte man immer sehr gut erleben, wie wertvoll es ist, nicht nur in einem interdisziplinären, sondern auch in einem internationalen Team zu arbeiten. Die Frage, was, warum auf welche Weise mit den Jugendlichen gemacht werden sollte, musste immer neu ausgehandelt werden. Hier zeigte sich ganz deutlich, was ich in meinem Buch „pädagogische Differenz“ genannt habe: Wir können schlicht und einfach nicht davon ausgehen, dass immer sofort alle das Gleiche meinen, wenn sie Youth Work, Partizipation, Demokratie oder Europa sagen. So banal diese Erkenntnis auf den ersten Blick auch erscheinen mag: Das ist für mich eine der wichtigsten Erfahrungen aus der pädagogischen Arbeit in der Praxis der internationalen Jugendarbeit, die auch mein wissenschaftliches Denken prägt.

Ich möchte mit dir gern über dein Buch „Internationale Jugendarbeit und politische Theorie – Diskurse und Perspektiven“ sprechen, das du 2021 veröffentlicht hast. Das Buch hat mir sehr gefallen und ich habe viele Anregungen für meine Arbeit bei YFU mitgenommen. Gleichzeitig habe ich die Sprache als schwer zugänglich empfunden. Was antwortest du auf Kritik, die Sprache deines Buches sei zu wenig verständlich?

Zunächst mal freue ich mich sehr darüber, dass du durch mein Buch Anregungen für deine praktische Arbeit gefunden hast. Ich freue mich besonders, weil dieses Buch zwar von den Erfahrungen und Erfordernissen der Praxis internationaler Jugendarbeit ausgehend geschrieben ist, sich aber nicht unbedingt an Akteur*innen der Praxis richtet. Es ist vielmehr der Versuch, einen wissenschaftlichen Beitrag zur internationalen Jugendarbeit zu leisten, einen kritischen Diskurs um ihre theoretischen Grundlagen anzuregen und internationale Jugendarbeit als relevante Praxis und exemplarisches Forschungsfeld im wissenschaftlichen Diskurs der Sozialen Arbeit, der Pädagogik und der Jugendarbeit stärker zu platzieren. Also gerade darum: Ich freue mich total, wenn mein Buch auch in der Praxis zur Kenntnis genommen wird – geschrieben ist es aber eher für ein wissenschaftliches Publikum.

Ich bemühe mich bei meiner Arbeit darum, möglichst gute Bedingungen dafür zu schaffen, dass das theoretische Niveau unserer Bildungsarbeit bei YFU anspruchsvoll ist. Manchmal vermisse ich dabei aber eine tragfähige Brücke zwischen Theorie und Praxis. Wo stehen wir diesbezüglich aus deiner Sicht?

Mein Buch ist der Versuch, hier eine auf die internationale Jugendarbeit bezogene Übersetzungsleistung zu leisten, also die aktuellen Perspektiven und Diskurse der politischen Theorie und Bildungstheorie auf die Praxis der internationalen Jugendarbeit zu beziehen. Von solchen Versuchen gibt es in der internationalen Jugendarbeit noch viel zu wenig. Ich habe mich nicht zuletzt auch deshalb so intensiv mit aktuellen Ansätzen der politischen Theorie beschäftigt, weil die Diskussionen auf verschiedenen Tagungen der letzten Jahre gezeigt haben, dass uns für eine angemessene Bearbeitung der Frage nach der politischen Dimension internationaler Jugendarbeit schlicht und einfach das begriffliche Rüstzeug und die theoretische Durchdringung fehlen. Es zeigt sich immer wieder, dass mit der Rede von der politischen Dimension ganz



Unterschiedliches gemeint sein kann. Mal ging es um die Stärkung politischer Bildung, mal um interkulturelles Lernen und Diversität, mal um europäische Zivilgesellschaft, mal um Nachhaltigkeit und globales Lernen, mal um Demokratie-Kompetenzen, mal um Kosmopolitismus, mal um Rassismus und Re-Nationalisierung, mal um Europa und europäische Förderprogramme, mal um die Erreichbarkeit von benachteiligten Zielgruppen durch besondere Formate und noch Vieles mehr. Also worüber sprechen wir überhaupt, wenn wir „politisch“ sagen? Und mehr noch: Wie verhindern wir – als Professionelle der internationalen Jugendarbeit – in der Bestimmung der politischen Dimension unkritisch dem je aktuellen Diktat der Förderprogramme hinterherzulaufen? Wie gelingt es uns, eine von der Praxis ausgehende, theoretisch reflektierte und wissenschaftlich begründete Bestimmung der politischen Dimension vorzunehmen? Und wo ist der Ort, an dem dies mehr oder weniger unabhängig von politischen Aufgabenzuschreibungen geschehen kann? Das ist es, was mich in Fragen der politischen Dimension besonders beschäftigt.

„Worüber sprechen wir überhaupt, wenn wir „politisch“ sagen? Und wie gelingt es uns, eine von der Praxis ausgehende, theoretisch reflektierte und wissenschaftlich begründete Bestimmung der politischen Dimension vorzunehmen?“

Stefan Schäfer

Braucht es dafür deiner Meinung nach ein Feld der Begegnung zwischen Theorie und Praxis, auf dem sich Wissenschaftler*innen und auch Praktiker*innen bewegen?

Ich finde es gerade um der Professionalisierung willen wichtig, dass wir eine Vermittlungsleistung nicht einfach den Praktiker*innen überlassen, indem wir sagen: Ja, dann musst Du halt mehr lesen! Es gilt, diesen Austausch von Theorie und Praxis auf der strukturellen Ebene systematisch zu verankern. Wir können uns glücklich schätzen, in einem Feld zu arbeiten, in dem es so etwas wie Forschung und Praxis im Dialog (*eine von der Bundesregierung geförderte Initiative, Anmerkung der Redaktion*) gibt. Genau da ist doch der Ort, wo sowohl Wissenschaftler*innen wie auch Praktiker*innen der internationalen Jugendarbeit zusammenkommen und aktuelle Entwicklungen sowohl in der Praxis als auch in Theorie und Forschung gemeinsam diskutieren können.

Ein Dialog zwischen zwei Welten, zwei Kulturen – die Herausforderungen und Zumutungen kommen mir bekannt vor. Wie kann der Dialog gelingen?

Vermittlungen von Wissenschaft und Praxis gelingen meines Erachtens nur, wenn von allen Beteiligten die

Bereitschaft aufgebracht wird, sich auf die Sprache der jeweils anderen erstmal einzulassen und zu akzeptieren, dass hier zwei Akteursgruppen zusammenkommen, die zwar vieles gemeinsam haben – nicht zuletzt ein Interesse an guter internationaler Jugendarbeit – dabei aber auch unterschiedliche Aufgaben und Funktionen wahrnehmen.

Kannst du ein Beispiel nennen?

Ein gutes Beispiel ist der Trend der Wirkungsorientierung, der in den letzten Jahren so dominant geworden ist. Dass Praktiker*innen ein Interesse daran haben, zu erfahren, was ihr pädagogisches Tätigsein bei den Jugendlichen bewirkt, ist absolut verständlich, und ich habe auch Verständnis dafür, wenn Praxis sich aufgrund der geforderten Leistungsnachweise so stark auf die Wirkungsfrage konzentriert. Als Wissenschaftler muss ich mich davon aber auch frei machen können. Denn abgesehen davon, dass mit Wirkungsforschung weniger die Suche nach einem Mehr an Wissen und Informationen über die Praxis selbst erkenntnisleitend ist, als vielmehr der Versuch, den durch Politik und Fördergeber formulierten Anforderungen gerecht zu werden, den zweckmäßigen Einsatz der Gelder nachzuweisen, existieren in Pädagogik und Sozialer Arbeit eine Reihe an weiteren Forschungsperspektiven, die um ein Vielfaches besser geeignet sind, das zu erforschen, worauf sich meiner Ansicht nach in der pädagogischen Praxis zu konzentrieren ist, nämlich auf Bildung.

Die politische Dimension

Kommen wir wieder zu deinem Buch. Eine Kernforderung darin ist, Kontingenz in der Politischen Bildung stärker wahrzunehmen und zum Gegenstand von Bildungsarbeit zu machen. Kannst du kurz und knapp erklären, was damit gemeint ist?

Kontingenz ist eine der zentralen Grundannahmen poststrukturalistischer Theorieperspektiven und bedeutet, dass ich in der Begründung einer theoretischen Perspektive auf keine äußerlichen Letztbegründungen mehr zurückgreifen kann, die nicht selbst auch mit zur Diskussion stünden. Ich kann also nicht einfach sagen, internationale Jugendarbeit ist politisch, weil „Gott“ den Menschen aufgegeben hat, ihren Nächsten zu lieben; oder, weil es in der „Natur“ des Menschen liegt, ein soziales Wesen zu sein; oder weil die „Vernunft“ uns zwingt, nach globaler Verständigung zu streben; oder weil es verschiedene „Kulturen“ gibt und daraus die Notwendigkeit der interkulturellen Verständigung erwächst usw. Solche fundamentalen Letztbegründungen, mit denen sich Theorien bisher unangreifbar zu machen versuchten, haben heute ihre Tragkraft verloren. Es handelt sich um Konstruktionen, die immer im Konflikt mit anderen möglichen



Konstruktionen stehen. Poststrukturalistische Perspektiven machen ernst mit der Erkenntnis, dass es eine Vielzahl an Möglichkeiten der Begründung des eigenen Handelns oder Nicht-Handelns gibt, in dem sie nicht einfach dieses oder jenes Fundament setzen, auf dem dann alles andere aufbaut, sondern die Fundamentlosigkeit, also die Kontingenz von Begründungsstrategien ins Zentrum rücken.

Daraus ist aber nicht zu schließen, dass es in der sozialen Realität überhaupt keine Fundamente mehr gibt?

Im Gegenteil: Menschen beziehen sich in ihrem Handeln permanent auf meist unhinterfragte, unreflektierte und für „wahr“ genommene Grundannahmen. Das kann alles Mögliche sein: Vorstellungen über die Natur des Menschen, über die Gesellschaft, über Kultur, Politik usw. Und es ist auch wichtig, dass Menschen diese Alltagstheorien haben, denn sie geben ihren Argumenten eine Basis und verschaffen ihnen Sicherheit und Orientierung in der Welt. Es geht mir dabei in erster Linie auch gar nicht ausschließlich um den Kampf gegen religiöse, ökonomische oder rassistische Fundamentalist*innen, die anderen – sei es mit Gewalt oder ausgefeilten Handlungsstrategien – die eigenen Wahrheiten überstülpen wollen und sich ansonsten jeder Diskussion verschließen. Mir geht es um die unhinterfragten, für normal und wahr gehaltenen Grundannahmen – die Fundamente – die wir alle in unserem politischen Denken und Handeln permanent re-produzieren. Politische Theorien, die Kontingenz ins Zentrum rücken, halten dazu an, mit diesen Fundamentsetzungen kritisch und reflexiv umzugehen, in dem sie vor Augen führen, dass keine für sich eine Allgemeingültigkeit beanspruchen kann und dass es im Politischen eine absolute Gewissheit nicht geben kann.

Wenn wir jetzt etwas genauer hinschauen, sehen wir, dass Menschen über genau diese Fundamente permanent mit anderen in Konflikt geraten – und das führt uns in die politische Theorie. Es ist eben nicht klar, was normal und was unnormal ist, was natürlich und was unnatürlich ist, was veränderbar ist und was nicht usw. Vorstellungen von dem, was ist und von dem, was sein soll, sind immer umstritten. Hannah Arendt hat einmal gesagt, dass es ohne diese Pluralität von Sichtweisen und Meinungen gar keine Politik geben könne. Wenn wir alle immer einer Meinung wären, bräuchten wir uns weder in der Theorie noch in der Praxis der internationalen Jugendarbeit Gedanken über politisches Handeln machen – politisches Handeln wäre sinnlos.

Wir wollen die Jugendlichen, denen wir Bildungschancen und -erlebnisse vermitteln, nicht mit unserem Weltbild und unseren politischen Vorstellungen überwältigen. Dennoch haben wir Werte und Ideale, die für uns „unhintergebar“ sind, wie Du Dich ausdrücken

würdest: Verständnis und Verständigung, Ablehnung von Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt, Gleichberechtigung der Geschlechter, friedliche Lösung von Konflikten, globale Kooperation. Wie passt das zusammen: Kontingenz auf der einen und Vermittlung unserer Werte auf der anderen Seite?

Wenn man aus meinem Buch die Konsequenz zöge, sich als Träger der internationalen Jugendarbeit nicht mehr klar für Verständigung und Gleichberechtigung und gegen Rassismus und Diskriminierung einzusetzen, dann wäre das ein absolutes Missverständnis. Wenn YFU diese politischen Ansprüche an die eigene Arbeit stellt und diese auch offen zum Ausdruck bringt, also nicht unsichtbar macht, in dem man alles in individualisierenden Formeln wie interkulturelle Kompetenz oder Mobilitätskompetenz oder Persönlichkeitsentwicklung oder was auch immer aufgehen lässt, kann ich das nur unterstützen. Selbstverständlich muss es darum gehen, sich zu positionieren!

Ich würde aber davor warnen, davon auszugehen, dass es sich dabei um Eindeutigkeiten handelt. Mir geht es um die Frage, was denn mit all diesen Dingen letzten Endes gemeint ist. Es ist doch überhaupt nicht klar und eindeutig, was mit Verständnis und Verständigung gemeint ist, mit Gleichberechtigung der Geschlechter oder mit globaler Kooperation. Muss ich für alles und jeden Verständnis haben? Muss ich mich mit allen und jedem verständigen? Auch mit den Leuten von der AfD, die unsere pädagogischen Ansätze bekämpfen? Soll ich dafür Verständnis aufbringen? Was heißt Gleichberechtigung der Geschlechter? Was ist mit Geschlecht gemeint? Was ist mit den ganzen anderen Gruppen, die von sozialer Ungleichheit, Ausschließung und Diskriminierung betroffen sind? Macht es nicht einen großen Unterschied, ob ich als schwarze oder als weiße Frau gelesen werden kann? Welches Verständnis von Gerechtigkeit ist denn überhaupt gemeint? Und was soll globale Kooperation bedeuten? Ist der globalisierte Kapitalismus nicht auch eine Form globaler Kooperation? Ist es angesichts des Klimawandels nicht auch problematisch, wenn wir junge Menschen dazu anhalten, im Namen der internationalen Bildung um die Welt zu jetten?

Du wendest dich nicht gegen politische Positionierungen an sich, sondern gegen die Illusion, dass es ganz einfach ist, sich zu positionieren?

Ich versuche davor zu warnen, dass es sich bei unseren Stellungnahmen um Eindeutigkeiten handeln würde, über die man nicht weiter diskutieren müsste. Die Dinge sind nicht eindeutig, sondern vieldeutig! Das sollten wir uns zunächst einmal eingestehen – nicht zuletzt um der Professionalität pädagogischer Praxis willen. Denn wenn wir uns das so vor Augen halten, wird nicht nur deutlich, dass wir uns damit gegen die Unterdrücker und Menschenfeinde in der Welt wenden –



ich sage hier bewusst WIR, denn wir schaffen damit ein WIR-gegen-DIE-Verhältnis – sondern dass die Dinge auch im vermeintlichen WIR nicht so klar und eindeutig sind, wie wir uns das manchmal wünschen. Wir müssen uns einfach darüber bewusstwerden, dass es sich hierbei um politische Positionierungen handelt, die Ergebnisse politischer Auseinandersetzungen sind. Diese sind mit der Formulierung und ihrer Präsentation in Leitbildern und auf Homepages nicht abgeschlossen, sondern erfordern eine weitere, permanente, nicht abschließbare politische Auseinandersetzung.

Das Politische und das Pädagogische

Wir wollen nicht nur darauf schauen, wie wir uns bei YFU als zivilgesellschaftliche Organisation politisch-normativ in der Welt positionieren, sondern auch auf unsere konkrete pädagogische Arbeit. Welchen Anspruch vertreten wir, wenn es um die Vermittlung unserer Werte geht?

Damit sind wir beim Problem der Verbindung von Pädagogischem und Politischem. Abgesehen davon, dass wir hier oft ganz schnell dazu übergehen, nicht mehr zwischen politischem und pädagogischem Handeln zu differenzieren – was ich für ein Problem halte, weil es sich dabei um zwei unterschiedliche Tätigkeitsformen handelt – müssen wir doch, wenn wir etwas vermitteln wollen, voraussetzen, dass klar und eindeutig ist, was damit gemeint ist. Aber genau davon kann ich als Pädagoge, als Pädagogin in politischen Dingen nicht ausgehen. Ich kann nicht so tun, als wäre es das Gleiche, ob ich in pädagogischen Zusammenhängen beispielsweise über Mathematik oder über Demokratie spreche. Das $1+1=2$ sind, kann ich vermitteln. Hier handelt es sich um eine eindeutige mathematische Wahrheit, die ich schlicht und einfach erkennen muss. Darüber gibt es nichts zu diskutieren. Und hier geht es auch nicht um unterschiedliche Perspektiven und Meinungen nach dem Motto: Ich bin aber der Meinung, dass das Ergebnis 5 sein sollte. Am Ende steht die Zwei, das muss ich lernen und verstehen. Punkt.

Wenn wir über Demokratie sprechen, ist das anders. Klar, ich kann in einem Seminar vieles zum Thema Demokratie vermitteln. Ich kann vermitteln, dass Deutschland formal eine parlamentarische Demokratie ist, ich kann jungen Leuten erklären, wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen, welche Rolle Wahlen, Bürgerrechte, Partizipation und politische Bildung dabei spielen, ich kann vermitteln, was es mit der Gewaltenteilung oder mit dem Föderalismus auf sich hat usw. Was hierbei – klassische Staatsbürgerkunde, wenn man so will – passiert, ist doch folgendes: Ich orientiere mich in meinem Vermitteln an der gegebenen Ordnung von Politik, also an der aktuellen

„In demokratischen Prozessen steht die Frage, was eine Demokratie ist und wie sie sich staatlich institutionalisieren lässt, immer selbst mit zur Debatte.“

Stefan Schäfer

Verfasstheit der Demokratie in einem bestimmten Land – Deutschland – und versuche darauf hinzuwirken, dass die Kinder und Jugendlichen, mit denen ich es zu tun habe, diese gegebene Ordnung der Demokratie verstehen – ich vermittele sozusagen Demokratiekompetenzen. Und damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich halte das für absolut wichtig! In der internationalen Jugendarbeit geschieht dies sogar im internationalen Vergleich. Aber wir dürfen dabei eines nicht vergessen: In demokratischen Prozessen steht die Frage, was eine Demokratie ist und wie sie sich staatlich institutionalisieren lässt, immer selbst mit zur Debatte. Wir können nicht einfach davon ausgehen, dass die Demokratie irgendwie „fertig“ ist und jetzt einfach an die jüngeren Generationen vermittelt werden kann. Demokratie ist immer in Bewegung. Und da hört das Vermitteln auf!

Angewendet auf die Praxis: Sollten Teamer*innen deiner Meinung nach mit dem Vermitteln aufhören?

Ich finde, der Vermittlungsbegriff passt hier nicht. Zentraler Bestandteil von Demokratie ist doch – egal, ob man darin nun eine Stärke oder eine Schwäche der Demokratie sehen will – dass sie die Kontingenz, also Veränderbarkeit der politischen Ordnung, die Pluralität der Meinungen und die Konflikthaftigkeit politischer Prozesse institutionell anerkennt. Das unterscheidet sie auch von anderen uns bekannten Staatsformen, wie etwa der Monarchie oder der Diktatur. Das Demokratische der Demokratie – so nenne ich es in meinem Buch – besteht in der Auseinandersetzung um die Frage, was eine Demokratie überhaupt zur Demokratie macht. Was Demokratie ist, ist nicht eindeutig, sondern umstritten, denn es geht dabei immer um die politische Frage, wie die Welt, in der wir leben, eingerichtet sein soll. Und dazu gibt es eben unterschiedliche Meinungen. Die pädagogische Professionalität insbesondere im Bereich der außerschulischen Bildung besteht deshalb nicht in erster Linie darin, irgendwelche Werte zu vermitteln, sondern ein pädagogisches Setting zu gestalten, das Kinder und Jugendliche dazu einlädt, sich an den Diskussionen um diese Frage zu beteiligen. Mit anderen Worten: Meinem Verständnis von politischer Bildung nach müsste es nicht darum gehen, Demokratie als Wert zu vermitteln, sondern Demokratie als Wert zum Gegenstand von Diskussionen zu machen und in den Austausch darüber zu kommen, was die Beteiligten damit verbinden. Das hat mit vermitteln nichts zu tun.



Die Politik und das Politische

Die Unterscheidung zwischen „der Politik“ und „dem Politischen“ ist ein zentraler Gedanke deines Buches. Kannst du den bitte noch einmal näher erläutern?

Bei der politischen Differenz – so lautet der Oberbegriff für die Unterscheidung von Politik und Politischem – geht es einmal um die institutionellen Zusammenhänge und das etablierte Normen- und Regelgefüge einer Gesellschaft. Dieser Zusammenhang wird in Theorien der politischen Differenz „Politik“ genannt. Darüber hinaus werden aber auch die kritische Befragung und Bearbeitung dieser institutionellen und normativen Ordnung in den Blick genommen. Dieses, nicht nur auf die Bestätigung, sondern vielmehr auf die Veränderung der gegebenen Ordnung bezogene, mal mehr mal weniger radikal auftretende, mitunter auch subversiv angelegte, auf jeden Fall aber immer emanzipatorische Handeln wird mit dem Begriff des „Politischen“ bezeichnet.

Du hast in deinem Buch die politiktheoretischen Debatten der letzten Jahre zu diesem Zusammenhang nachvollzogen. Wie würdest du deine Gedanken dazu zusammenfassen?

Wenn wir schauen, worum es bei Theorien der politischen Differenz geht, sehen wir, dass diese zunächst einmal eine Kritik an der bisherigen politischen Theorie formulieren. Denn diese tendierte über lange Zeit sehr stark dahin, Politik mit Staat und politisches Handeln mit staatlichem Handeln oder Herrschaftsausübung gleichzusetzen. Leute wie Hannah Arendt, auf die sich in den Ansätzen der politischen Differenz ja gerne bezogen wird, haben sich dagegen immer gewehrt. Politisches Handeln ist bei ihr keine Sache, die ausschließlich Berufspolitiker*innen vorbehalten ist, und schon gar nicht gleichzusetzen mit Staat und Herrschaft. Und es geht auch nicht darin auf, dass man alle paar Jahre an die Wahlurne tritt, um andere damit zu beauftragen, das Gemeinwesen zu verwalten. Politisches Handeln findet dann statt, wenn Menschen mit anderen in eine kommunikative Beziehung treten und ihr Handeln dabei auf das konzentrieren, was alle gemeinsam betrifft oder womit sich gemeinsam beschäftigt werden sollte.

Damit lässt sich der politischen Differenz in einem ersten Schritt ein wenig Kontur geben. Durch politisches Handeln wird nach Arendt eine Öffentlichkeit hergestellt, die ein politisches Gemeinwesen überhaupt erst als solches konstituiert. Diese politische Öffentlichkeit ist nicht identisch mit den territorialen Grenzen eines Nationalstaats. Sie entsteht, wenn Menschen anfangen, miteinander politisch zu handeln und sie verschwindet wieder, wenn Menschen damit aufhören, das Gemeinsame zu bearbeiten. Damit bekommen wir nun auch Momente des Politischen in den Blick, die nicht mit Politik identisch sind, also bei-

spielsweise Bürger*innen-Initiativen oder Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder auch spontane Aktionen, Demonstrationen, Besetzungen, Sitzblockaden, Mahnwachen oder andere Aktions- und Protestformen. Auch die Diskussionen in der WG über nachhaltiges Essen lassen sich so als ein politisches Geschehen einfangen. Oder eben das, was Organisationen der internationalen Jugendarbeit an politischen Interessen artikulieren.

Es muss dann auch darum gehen, die Welt nicht nur zu verstehen, nicht nur zu reden, sondern auch aktiv zu werden, um Dinge zu verändern. Dieser Wunsch treibt viele unserer Mitarbeiter*innen an – ehrenamtliche wie hauptamtliche.

Das ist der Kern von Praxis würde ich sagen. Im öffentlich-politischen Handeln – und das ist von Aristoteles bis Arendt und Habermas zentral als Miteinander Reden gefasst – zeigt sich, dass die Welt, wie sie ist, auch anders sein könnte. Die Welt und die Bedingungen, unter denen wir leben, sind von Menschen kommunikativ erhandelt, also kontingent. Wir können unsere Welt gemeinsam gestalten und verändern, auch wenn das nicht immer einfach ist. Und wir müssen bekanntermaßen auch liebgewordene Errungenschaften, z.B. Demokratie und Bürgerrechte, immer wieder gegen autoritäre Kräfte in Politik und Gesellschaft verteidigen. Wer sich in die Öffentlichkeit begibt, merkt schnell, dass hier ganz unterschiedliche Meinungen und Perspektiven aufeinanderprallen. Aber das ist nichts Negatives. Während Parteien oft darauf bedacht sind, Einigkeit zu demonstrieren, lebt politische Öffentlichkeit gerade davon, dass Pluralität und Streit zum Ausdruck kommen. Wie gesagt: Wenn wir immer alle einer Meinung wären, bräuchten wir auch nicht politisch handeln. Und klar ist damit auch, dass das Politische keine Wohlfühl-oase beschreibt, sondern dass es dabei um mitunter harte Auseinandersetzungen um Problemdeutungen und Handlungsalternativen geht. Das Politische besteht im Konflikt!

„Die politische Dimension der internationalen Jugendarbeit erschöpft sich nicht und darf sich auch nicht erschöpfen in Fragen ihrer Einpassung in die gegebene Ordnung von Politik.“

Stefan Schäfer

Das Politische ist eng mit der Politik, mit institutioneller Politik verbunden und ist auf diese bezogen, aber es geht nicht darin auf. Welche Konsequenzen hat das für uns als Praktiker*innen?

Ich denke, wir brauchen in der Internationalen Jugendarbeit eine kritische Perspektive der politischen



Differenz, um die politische Dimension unserer Praxis überhaupt identifizieren und genauer beschreiben zu können. Von der Politik her gesehen ist vieles klar: Wir sind als politisch geförderte Institutionen Teil von Politik. Wir agieren innerhalb politisch geregelter Rahmenbedingungen. Wir implementieren politische Entscheidungen und Programme über unsere Projekte in die Praxis. Aber, und das ist mir wichtig: Die politische Dimension der internationalen Jugendarbeit erschöpft sich nicht und darf sich auch nicht erschöpfen in Fragen ihrer Einpassung in die gegebene Ordnung von Politik. Und wenn wir uns die Organisationen internationaler Jugendarbeit näher anschauen, sehen wir doch auch, dass die politische Dimension mehr meint als eine förderpolitische Einpassung in die Vorgaben von Politik. Es wird auch – meistens, wenn es um Arbeitsbedingungen, Finanzierung oder Zielformulierungen geht – Kritik an dieser Ordnung formuliert. Wir sind mit unseren Institutionen auch Teil einer politischen Öffentlichkeit, wir beteiligen uns an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, beziehen eine spezifische Position im Raum der Meinungsvielfalt und gehen auch dem Konflikt nicht aus dem Weg, etwa was den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung angeht. Mit dem Begriff des Politischen bekommen wir auch das in den Blick. Und damit wird auch eine Differenz zu Politik deutlich, die mir sehr wichtig erscheint – nicht zuletzt auch für das politische Selbstverständnis von Austauschorganisationen.

Du erwartest also von Praktiker*innen auch, dass sie eine politische Theorie der Internationalen Jugendarbeit haben?

Ich würde sagen, dass Praxis immer schon eine politische Theorie inne hat, wenn man so will. Also bestimmte Vorstellungen darüber, was sich in der Welt zeigt und was hier zu tun ist. Und das sollte reflektiert werden. In meinem Buch habe ich den Vorschlag dazu ausformuliert – allerdings nicht als Forderung an die Praxis, sondern als Anspruch an die Wissenschaft, die sich auf diese Praxis bezieht. Mit der Perspektive der politischen Differenz ist eine Theorieperspektive eingenommen, deren Besonderheit darin besteht, dass sie die eigene politische Verfasstheit mit zum Gegenstand macht. Auch Wissenschaft und Theorie ist nicht zu trennen von dem politischen Handeln, über das wir gerade sprachen, nach dem Motto: Dort wird gehandelt, hier im Elfenbeinturm wird über das Handeln von anderen nachgedacht. Auch politische Theorie ist Teil von politischen Verhältnissen, auch mit politischer Theorie werden politische Interessen verfolgt, auch mit politischer Theorie werden Machtverhältnisse reproduziert, auch mit politischer Theorie wird in die gegebene Ordnung eingegriffen. Wir sollten nicht der Illusion verfallen, dass die Beschäftigung mit politischer Theorie selbst frei von Politik und politischen Ansprüchen sei. Bisherige Theorie-

ansätze internationaler Jugendarbeit haben das zum Teil überhaupt nicht auf dem Schirm oder reflektieren es nicht systematisch.

Welche konkreten Forderungen ergeben sich daraus für die Praxis?

In der internationalen Jugendarbeit wird es zu einem ernsthaften Problem, wenn wir zum Beispiel an die kosmopolitischen Politikkonzepte denken, die meinen, die ganze Welt im Blick zu haben, letztlich aber eine regionale Ausprägung politischen Denkens universalisieren. Die Herausforderung besteht darin, sich dieses Verwickelt-sein in politische Prozesse kritisch zu vergegenwärtigen. Ich glaube darüber hinaus, dass aus der Beschäftigung mit solchen Formen von politischer Theorie neue Ideen erwachsen können, wie eine kritische und emanzipatorische internationale Jugendarbeit aussehen könnte, die die politischen Interessen, Themen und Erfahrungen der Jugendlichen ernster nimmt als bisher und sensibler wird für unterschiedliche Wahrnehmungen des Politischen in der Welt.

Du schreibst, dass internationale Jugendarbeit sich im Extremfall sogar selbst entpolitisiert, wenn sie sich zu einem Instrument der Politik macht. Hier scheint mir die Differenzierung zwischen dem Politischen und der Politik allzu akademisch zu sein.

Das sehe ich anders. Wenn wir internationale Jugendarbeit nur als Implementationsakteurin verstehen würden, die politische Vorgaben und Programme von oben nach unten umsetzt; wenn wir internationale Jugendarbeit schlicht zum pädagogisch verlängerten Arm der gegebenen Politik machen und mit immer verfeinerten Methoden und Techniken pädagogisch darauf hinwirken würden, dass die Jugendlichen sich möglichst widerspruchlos in die gegebene Ordnung einfügen; wenn wir die politische Dimension der internationalen Jugendarbeit unsichtbar machen würden, indem wir politisch gesetzte Zielformulierungen auf Antragsebene einfach übernehmen und ansonsten nur noch individuumbezogene Zielformulierungen vornehmen würden – Persönlichkeitsentwicklung, Identitätsbildung, Spracherwerb usw. –, dann würden wir uns der prinzipiell gegebenen Möglichkeit, auf Basis unserer fachlichen Perspektive politisch Einfluss zu nehmen auf die gegebene Ordnung der Politik, schlicht enthalten. Wir können davon absehen, einen Beitrag zur Veränderung der Verhältnisse zu leisten – das Politische ist eine Möglichkeit, keine Notwendigkeit – aber wir würden die politische Dimension der internationalen Jugendarbeit durch diesen Verzicht auf politische Einmischung auf Politik engführen und unsere pädagogischen Aktivitäten ausschließlich auf die Reproduktion der gegebenen Ordnung beziehen. Das wäre für mich eine Form der Entpolitisie-



rung internationaler Jugendarbeit. Und das halte ich für gefährlich!

Ich kann nachvollziehen, dass eine grundsätzlich kritische Haltung angebracht ist und Erwartungen, die Politik an uns als Austauschorganisation richtet, reflektiert werden müssen. Es spricht doch aber nichts gegen eine enge Kooperation mit der Politik und ein vertrauensvolles Verhältnis mit den Akteur*innen?

Selbstverständlich! Und deshalb rede ich ja auch nicht einfach von der „bösen“ Politik, der man das „gute“ Politische gegenüberstellt, sondern versuche mit der Perspektive der politischen Differenz die Wechselseitigkeit einzufangen. Und natürlich gibt es viele Dinge an Politik, die wir in der Praxis aus guten Gründen befürworten können. Allein die Tatsache, dass Internationale Jugendarbeit in Deutschland und Europa im Vergleich zu anderen Ländern so stark gefördert und auch jetzt in der durch die Pandemie verursachten Krise vernünftig unterstützt wird. Auch mit den Zielformulierungen in Förderprogrammen können sich viele ja weitgehend gut arrangieren. Es ist doch sinnvoll, internationale Verständigung zu fördern und an der Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft mitzuarbeiten. Wir sollten aus der politischen Differenz bitte kein Gut-und-Böse-Verhältnis machen – es ist eine analytische Perspektive, die uns dabei helfen kann, differenzierter und selbstkritischer auf die politische Dimension internationaler Jugendarbeit zu schauen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Pädagogik und das Pädagogische

Wie bei der Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen machst du auch einen Unterschied zwischen der Pädagogik und dem Pädagogischen, der zu einer „reflexiven Kritik unserer Bildungsarbeit“ führen soll. Kannst du das bitte erläutern?

Die pädagogische Differenz, also die Unterscheidung zwischen Pädagogik und Pädagogischem, ist ein Begriff aus der Erziehungswissenschaft. Auch hier geht es um das Problem, dass pädagogisches Handeln, genau wie politisches Handeln, gegenüber anderen begründet werden muss, ohne dass wir hierzu auf absolut verbindliche und für alle geltende Fundamente und Gewissheiten zurückgreifen können.

Alfred Schäfer geht beispielsweise der Frage nach, wie sich überhaupt der Anschein bilden kann, dass es sich bei Pädagogik um eine eindeutige Sache handelt. Wir alle benutzen diesen Begriff ständig, ohne ihn näher zu erläutern und unterstellen, dass unser Gegenüber das Gleiche darunter versteht wie wir. Wenn wir dann näher hinschauen, sehen wir natürlich, dass dem keinesfalls so ist. Jetzt

geht es hier aber nicht – und das ist die Krux – um eine einfache Differenz zwischen verschiedenen pädagogischen Ansätzen, Konzepten oder Methoden. Es geht um das, was Rancière ein „Unvernehmen“ nennt. Mit Unvernehmen ist nicht der Konflikt gemeint zwischen jemandem der „weiß“ und jemandem der „schwarz“ sagt, sondern ein Konflikt zwischen jemandem der „weiß“ sagt und jemandem, der auch „weiß“ sagt, aber darunter keinesfalls dasselbe versteht. Damit ist für Schäfer erstmal eine Erklärung dafür gefunden, dass der Streit um das Allgemeine in der Erziehungswissenschaft überhaupt geführt wird und wir nicht davon ausgehen können, dass er irgendwann einmal zur Ruhe kommen könnte. Und Schäfer sieht diese Permanenz des Streitens über das, was Pädagogik ist und sein soll auch gar nicht als Defizit an. Im Gegenteil: Wir müssen uns einfach darüber klar werden, dass das, was allgemein Pädagogik genannt wird, immer wieder dem Konflikt ausgesetzt wird.

„Wir müssen uns einfach darüber klar werden, dass das, was allgemein Pädagogik genannt wird, immer wieder dem Konflikt ausgesetzt wird.“

Stefan Schäfer

Nun geht Schäfer aber noch einen Schritt weiter, denn der Begriff der Pädagogik ist ja aufgeladen und besetzt durch allgemein relativ anerkannte Vorstellungen und Inhalte. Wenn dem nicht so wäre, könnten wir den Begriff ja gar nicht so einfach verwenden. Wir müssten jedes Mal, wenn wir ihn nutzen, ein ausführliches Referat darüber halten, was wir aus unserer je spezifischen Perspektive darunter verstehen. Um sich das zu erklären, greift Schäfer auf die hegemonietheoretische Perspektive von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zurück, die – übertragen auf erziehungswissenschaftliche Zusammenhänge – davon ausgeht, dass es sich bei dem Begriff der Pädagogik um einen sogenannten „leeren Signifikanten“ handelt. In Theorien und Diskursen wird versucht, den grundsätzlich erstmal unbestimmten Begriff der Pädagogik mit Inhalt und Bedeutung zu füllen. So bilden sich dann hegemoniale Vereinnahmungen des Pädagogischen heraus, also diskursive Schließungen, die eine Selbstverständlichkeit von Sichtweisen suggerieren und mitunter mit einem Allgemein Gültigkeitsanspruch versehen sind, die dann wiederum aufgebrochen werden müssen, wenn andere Perspektiven des Pädagogischen zur Geltung gebracht werden sollen gegen das, was man gerade Pädagogik nennt.

Kannst du ein konkretes Beispiel nennen, das deine Argumentation veranschaulicht?

Ein Beispiel für eine solche Schließung und



Fixierung ist der Begriff der Bildung. Dieser wurde in den letzten Jahren zunehmend mit dem Kompetenzbegriff gleichgesetzt. So entstand die Vorstellung einer Mach- und Messbarkeit von Bildung, gegen die sich bis dahin immer gewehrt wurde, weil man seit Humboldt gesagt hat, dass Bildung eng mit Selbsttätigkeit, Offenheit und Überschreitung des Gewohnten verbunden ist. In der internationalen Jugendarbeit, die von wenigen Ausnahmen abgesehen, nahezu unkritisch auf diesen Zug der Ökonomisierung der Bildung aufgesprungen ist, lässt sich ja auch sehr gut aufzeigen, wie Bildung durch das Kompetenzdenken gekapert wurde. Die zur Selbstverständlichkeit gewordene Gleichsetzung von Bildung mit Kompetenzerwerb zeigt zugleich – das ist das Thema bei Schäfer und auch der Grund, weshalb ich mich in meinem Buch so intensiv damit auseinandergesetzt habe – dass mit solchen ganz bewusst und strategisch vorangetriebenen Äquivalenzen auch Strategien der politischen Steuerung verbunden sind. Bildung kann jetzt mühelos auf Employability bezogen und in eine Politik der Steigerung von Humankapital eingebunden werden. Mit einem kritischen Bildungsbegriff, der sich gegen die Verzweckung von Bildung richtet, ginge dies nicht.

Und damit wird vielleicht deutlich, warum es auch in der Pädagogik der internationalen Jugendarbeit einer solchen hegemoniekritischen und reflexiven Theorieperspektive bedarf: Hegemoniale Schließungen wie die Gleichsetzung von Bildung und Kompetenz können in ihrer vermeintlichen Selbstverständlichkeit durch die Verschiebung der Reflexionsebene auf Kontingenz, Pluralität und Konfliktualität thematisiert und aufgebrochen werden. Auch hier gilt: Nicht die Übernahme politisch gewollter Aufgabenzuschreibungen pädagogischer Praxis – in diesem Fall, Europa zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, wie es in der Lissabon-Strategie heißt – sondern das Aufbrechen solcher Vereinnahmungen steht für die politische Dimension von internationaler Jugendarbeit. Es ist mir vollkommen schleierhaft, wie unser Feld in den vergangenen Jahren so unkritisch auf die Aufgabe der Vermittlung von Mobilitätskompetenzen einschwingen konnte und warum diese Zurichtung und Einbindung der internationalen Jugendarbeit in ein kapitalistisches Verwertungsinteresse nicht weiter auf Empörung und Widerstand gestoßen ist. Für mich zeigt sich hier eine Entpolitisierung des Feldes.

Tatsächlich läuft seit einigen Jahren in der Austauschszene in Deutschland eine Diskussion über die Notwendigkeit der Re-Politisierung der internationalen Jugendarbeit. Wir bei YFU fühlen uns durch die Kritik an der Entpolitisierung allerdings nicht recht getroffen, weil wir glauben, dass unsere Bildungsarbeit schon immer politisch war – seit der Gründung des Vereins in der Re-Education-Zeit geht es um Demo-

kratie. Ist YFU eine Ausnahme, oder sind wir betriebsblind?

In der Diskussion um die politische Dimension wurde festgestellt, dass der Politikbezug von internationaler Jugendarbeit in den letzten Jahren in den Hintergrund gerückt ist und in der Fachdebatte nicht mehr angemessen reflektiert wurde – das war, glaube ich, die Hauptkritik. Manche haben darum die Forderung erhoben, dass sich internationale Jugendarbeit re-politisieren müsse. Jetzt kann man behaupten, dass internationale Jugendarbeit ja immer schon politisch ist – das klingt in deiner Frage ja auch an. Alles, was YFU macht, ist irgendwie immer schon politisch, weil im Gründungsmoment auf Demokratie bezogen. Warum also Re-Politisierung? Ich würde sagen, dass das Problem nicht darin besteht, dass Demokratie keine Rolle mehr spielen würde, sondern darin, dass wir in den letzten Jahren keine Fachdebatte darüber geführt haben, welchen Demokratiebegriff wir dabei eigentlich zugrunde legen. Der Demokratiebegriff spielte doch in den ganzen Konzepten von Interkulturalität nie eine ernsthafte Rolle – zumindest wurde er nicht systematisch ausgearbeitet. Ich finde das problematisch, denn wenn ich als Organisation der internationalen Jugendarbeit sage: Uns geht es um Demokratie, ist die Frage nach der politischen Dimension von internationaler Jugendarbeit nicht beantwortet, sondern überhaupt erst gestellt. Es geht ja eben nicht nur darum, dass ich Demokratie sage, sondern auch darum, dass ich diesen Begriff mit einer bestimmten Bedeutung fülle.

Also bei aller Sympathie für dein Verständnis von YFU als immer schon politisch: Muss es uns nicht zu denken geben, was ich eben mit Blick auf die Ökonomisierung der Bildung und die Vermittlung von Mobilitätskompetenzen angesprochen habe? Wenn YFU sich da ausnehmen kann, gut. Aber einfach zu sagen, wir fördern mit unserer Bildungsarbeit die Demokratie, kann nicht die Antwort sein – das behaupten ja alle. Über die Frage, was damit gemeint sein soll, wird viel zu wenig diskutiert! Und ich finde auch, dass wir als Fachleute noch kritischer hinterfragen sollten, welche problematischen Engführungen damit vielleicht auch verbunden sind, erst recht, wenn es um die Übertragung auf pädagogisches Handeln geht. Und was machen wir eigentlich mit unserem Demokratiebezug, wenn wir feststellen, dass Demokratie längst zur Postdemokratie degeneriert ist? Wie reagieren wir denn, wenn Populist*innen sich als wahre Vertreter*innen der Demokratie stilisieren? Und was ist mit dem für die sogenannten westlich-liberalen Demokratien konstitutiven Pakt mit dem Kapitalismus? Über diese Fragen muss es in der internationalen Jugendarbeit doch eine fachliche Auseinandersetzung geben. Ob man das nun Re-Politisierung nennt oder nicht: Hauptsache wir bleiben selbstkritisch und tun nicht so, als wären wir die Guten, die nicht weiter an ihrem Demokratieverständnis arbeiten müssten.



Außerschulische politische Bildung

Die politische Bildung im Rahmen der internationalen Jugendarbeit, so sagst du, sei geprägt von Kontingenz, Pluralität und Konfliktualität. Kannst du ein oder zwei praktische Beispiele dafür nennen?

Auch hier geht es zunächst einmal darum, wie wir politische Bildung überhaupt verstehen. Wenn man sich die hier existierenden Konzepte aus der Perspektive politischer Differenz anschaut, sieht man, dass diese sich fast ausschließlich auf Politik konzentrieren. Politische Bildung soll spezifische politikrelevante Wissensbestände, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermitteln – Politikkompetenz. Jetzt müssen wir aber doch fragen, wie die hierzu notwendige Vorstellung von Ordnung sowie alle daran gekoppelten Formalisierungsansprüche – also Lern- und Erziehungsziele, Planbarkeit, Kompetenzraster, Wirkungsorientierung usw. – überhaupt noch durchgehalten werden können, wenn wir davon ausgehen, dass Bildung und Demokratie auch auf Momente des Politischen bezogen sind, die sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie vorweggenommene Ordnungen durchbrechen und nach Möglichkeiten der Überwindung des Gegebenen fragen. Konzepte, die das nicht mit aufnehmen, haben meiner Ansicht nach den Begriff der politischen Bildung nicht verdient

Was kann die außerschulische Bildung in diesem Zusammenhang erreichen, und was zeichnet sie gegenüber anderen, formalisierteren Orten der Bildung aus?

Die außerschulische Bildung und vor allem auch die internationale Jugendarbeit bietet die Möglichkeit für junge Menschen, miteinander in Interaktion zu treten, sich mit der Welt auseinanderzusetzen, sich die Welt anzueignen, zu dieser auch kritisch auf Distanz gehen zu können und Möglichkeiten und Grenzen zu erörtern, sie nach ihren Vorstellungen zu verändern. Statt also unsere ganze Energie darauf zu verwenden, uns zu überlegen, welche Kompetenzen und Verhaltensweisen junge Menschen erlernen sollten, damit sie im gegebenen System funktionieren, sollten wir lieber überlegen, wie non-formale Bildungsorte zu gestalten sind, die jungen Menschen eine solche Auseinandersetzung überhaupt erst ermöglicht.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich halte es schon für wichtig, dass Kinder und Jugendliche an die gegebene Ordnung herangeführt werden und lernen, sich darin im Sinne der Mündigkeit zu bewegen. Aber wenn wir den zentralen Bezug von politischer Bildung nicht ausschließlich in Politik, sondern auch im Politischen sehen, dann verschiebt sich die Perspektive von der Integrationsfunktion pädagogischer Arbeit, die die gegebene Ordnung stabilisiert, auf die Emanzipationsfunktion, die die gegebene Ordnung in Bewegung versetzt. Erst dann geraten Kinder und Jugendliche als politisch Handelnde in den Blick.

Und damit sind wir wieder mitten im Thema. Welche Ziele verfolgen wir mit Veranstaltungen der politischen Bildung im Rahmen unserer Austauschprogramme?

Wir sollten jungen Menschen die Möglichkeit bieten, die Kontingenz, Pluralität und Konfliktualität der Welt zu erfahren und im Austausch mit anderen am Beispiel von ganz konkreten, an ihren Interessen und Erfahrungen anknüpfenden Themen einen Umgang damit zu finden. Es geht darum, mit ihnen gemeinsam die Weite des politischen Möglichkeitsraumes auszuloten und Handlungsalternativen zu entwickeln. Hierzu müssen wir mit Jugendlichen über Macht und Herrschaftsverhältnisse reden und die Differenzierungs- und Grenzziehungspraktiken dekonstruieren, die diese ins Werk setzen – Mann/Frau, Oben/Unten, Schwarz/Weiß, hier geboren/woanders geboren, Arm/Reich, Jung/Alt, Wir/Die usw.

Vor dem Hintergrund der politischen Differenz müsste es in der politischen Bildung darum gehen, diesen machtvollen Unterscheidungen ihren Charakter des Natürlichen zu nehmen und aufzuzeigen, dass diese von Menschen historisch ins Werk gesetzt wurden und entsprechend auch verändert werden können. So würde dann die Kontingenz der gesellschaftlichen Verhältnisse sichtbar. Politische Bildung hat zudem – gerade im außerschulischen Bereich – das Potenzial, Jugendlichen zu zeigen, dass in der Welt ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber existieren, wie ein politisches Gemeinwesen eingerichtet sein soll. Sie kann durch die Initiierung von Diskussionen Alternativen zur gegebenen Ordnung aufzeigen und durch das Aufzeigen dieser Pluralität eine eigenständige, im Meinungsaustausch mit anderen vollzogene politische Urteilsbildung ermöglichen. Wenn es dabei auch um Wertevermittlung geht – ich greife noch einmal auf, was Du eben auch als Anspruch von YFU formuliert hast – dann würde ich sagen: Am Ende muss es uns doch darum gehen, Jugendlichen Mut zu machen, handelnd in das Gefüge der Welt einzugreifen.

„Am Ende muss es darum gehen, Jugendlichen Mut zu machen, handelnd in das Gefüge der Welt einzugreifen.“

Stefan Schäfer

Ein großer und hehrer Anspruch: Wir betrachten die Jugendlichen, die an unseren Programmen teilnehmen, als mündige Erwachsene und nicht als zu belehrende Kinder.

Genau! Politische Bildung sollte sich weniger auf Korrigieren, Begrenzen, Vermitteln, Bewirken oder Gegenwirken und mehr auf Zulassen, Ermöglichen, Eröffnen, Begleiten und Unterstützen konzentrieren. Der defizitorientierte Blick auf Jugendliche ist zutiefst



in unserem Denken und in unseren Konzepten verankert. Ständig geht es um politikferne Jugendliche, um Bildungsferne, sozial Schwache – ich will diese ganzen stigmatisierenden Bezeichnungen jetzt gar nicht alle aufzählen und reproduzieren. Wir individualisieren damit problematische politische Verhältnisse und lenken ab von den Ausschließungsprozessen, die sich auch durch unsere pädagogische Arbeit reproduzieren. Wir sollten politische Bildung demgegenüber als Ermöglichungspädagogik verstehen, die auf Handlungsermächtigung zielt. Das hat etwas mit Zutrauen in die junge Generation zu tun. Statt über die Köpfe der Jugendlichen hinweg zu bestimmen, wie die Welt unserem Ideal nach auszusehen hat, sollten wir ihnen die Gelegenheit geben, der Welt der Alten auch mit Ablehnung und Widerstand zu begegnen, die Initiative zu ergreifen und Dinge anders zu machen.

Du schreibst, die internationale Jugendarbeit sei „durch den Bezug auf das Internationale in besonderer Weise geeignet, strittige und darum politische Fragen des Zusammenlebens in der Welt artikulierbar und zum Gegenstand politischer Bildung zu machen“. Was ist für dich das Besondere der Bildung „am anderen Ort“?

Wenn ich an einer Jugendbegegnung teilnehme oder für eine gewisse Zeit ins Ausland gehe und dort in einer Gastfamilie lebe, dann begeben mich in eine Situation der Befremdung, die im krassen Gegensatz steht zu der Vertrautheit meines Alltagslebens in der Schule, in der Familie, im Freundeskreis, im Sportverein usw. Ich setze mich einer Situation der Unsicherheit aus. Die Konfrontation mit Fremdem und mit Unsicherheit durch Situationen der Außeralltäglichkeit birgt die Möglichkeit von Bildungsprozessen.

Wenn wir Bildung nicht auf Kompetenzerwerb, auf Wissensaneignung, auf Schulbildung und Qualifikationserwerb beziehen, sondern darin – die Bildungstheorie spricht hier von transformatorischer Bildung – eine Veränderung im Selbst-Welt-Verhältnis verstehen, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass Bildungsprozesse stattfinden, natürlich viel größer, wenn ich mich aus meiner vertrauten und gewohnten Ordnung heraus begeben und mich neuen Erfahrungen aussetze. Die Erfahrungen, die ich im Ausland machen kann, können dazu führen, dass ich danach anders auf mich selbst und die Welt blicke. Ich nehme die Mannigfaltigkeit und Unübersichtlichkeit der Welt wahr und werde vor Probleme, Herausforderungen und vielleicht auch mehr oder weniger große Krisen gestellt, für die mein bisheriges Handlungsrepertoire nicht ausreicht. Ich muss mich dann erproben und ausprobieren, ich muss unvorhersehbare Situationen und Probleme bewältigen, nochmal neu Nachdenken usw. Daraus können Bildungsprozesse erwachsen. Ich bin dann immer noch ich selbst,

aber meine Sicht auf mich selbst und die Welt hat sich vielleicht verändert.

Erziehung versus Bildung

Für die Mitarbeiter*innen von YFU ist es wichtig, dass wir durch unsere Bildungsarbeit nicht nur individuelle Kompetenzen vermitteln, sondern auf die Gesellschaft gerichtete Ziele verfolgen. Das ließe sich auch als eine Pädagogik von oben bezeichnen, weil wir, die Erwachsenen, festlegen, was Jugendliche lernen sollen. Du vertrittst aber den Ansatz, den du mit dem Schlagwort „Pädagogik von unten“ beschreibst. Hältst du es für falsch, mit der Bildungsarbeit politische Ziele zu verfolgen?

Hier müssen wir aufpassen, dass die Dinge nicht durcheinander gehen. Politisches Handeln und pädagogisches Handeln sind nicht dasselbe, auch wenn dem Pädagogischen eine politische Dimension anhaftet. Auch Erziehung und Bildung muss man auseinanderhalten. Erziehung ist immer ein asymmetrisches Beziehungsverhältnis, in dem ein Machtungleichgewicht zum Ausdruck kommt. Insofern die Erziehungsziele wie auch die Mittel der Erziehung immer durch diejenigen festgelegt werden, die erziehen, kommt Erziehung immer – wenn man so will – „von oben“.

Was aber meinst du dann mit dem Begriff „Pädagogik von unten“?

Wenn du, wie du sagst, mit der Arbeit bei YFU „Werte vermitteln“ willst, dann ist das ein Erziehungsanspruch. Mit meiner „Pädagogik von unten“ geht es mir nicht darum, dass wir uns von der Erziehung verabschieden, sondern uns vor Augen führen, dass damit nicht alles benannt ist, was wir pädagogisch tun, und schon gar nicht, was wir als Organisationen politisch tun.

In meinem Buch geht es zwar immer auch um Erziehung, letztlich steht aber der Bildungsbegriff im Zentrum. Und genau da entfalten unsere pädagogischen Aktivitäten – wie ich finde – ihr eigentliches und größtes Potenzial, auch und gerade hinsichtlich der politischen Dimension. Den Bildungsbegriff, von dem ich ausgehe, habe ich ja eben schon skizziert – als Transformationen im Selbst-Welt-Verhältnis. Hier rückt die Selbsttätigkeit der Individuen in den Blick. Bildung ist eine Sache der sich Bildenden, nicht der Erziehenden. Ich kann als Pädagoge, als Pädagogin Bildungsgelegenheiten schaffen, die Bildungsprozesse – wenn man so will – herbei provozieren, sie wahrscheinlicher machen, aber ich kann nicht vorwegnehmen, wie sich die Stellung eines Menschen zu sich selbst und zur Welt durch eine pädagogische Maßnahme zu verändern hat. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn es in der internationalen Jugendarbeit um Bildung und



nicht oder nicht ausschließlich um Erziehung gehen soll. Deshalb rede ich auch von einer „Pädagogik von unten“ im Sinne einer Ermöglichungspädagogik.

Wie würde dieser Anspruch auf die Pädagogik unseres Arbeitsfeldes übertragen werden?

Es geht um das Zutrauen in die Fähigkeit der Leute, die unsere pädagogischen Angebote nutzen, in Dingen, die sie selbst auf irgendeine Weise betreffen, als Mündige zu handeln und zu sprechen. Carsten Büniger hat hierfür die schöne Formulierung der „Mündigkeit im Vollzug“ gewählt: Vom Bildungsgedanken her gesehen ist Mündigkeit kein Endzustand, auf den alles hinausläuft, was wir tun, sondern realisiert sich bereits im Prozess der Interaktion selbst. Bildungsgelegenheiten schaffen heißt dann, pädagogische Arrangements zu finden, die es Teilnehmenden ermöglichen, die grundsätzliche Offenheit individueller Biographie wie auch gesellschaftlicher Zukunft zu erfahren und darin Handlungsfähigkeit zu erproben.

Die Verantwortung, die wir als professionell Tätige auf uns nehmen, besteht darin, die Teilnehmenden zum Handeln einzuladen. Das mag banal klingen, ist aber das Schwierigste, was man sich vornehmen kann, wenn man Pädagogik unter dem Generationenverhältnis betrachtet. Pädagogik ist – wenn man mal ganz grundsätzlich überlegt, was damit gemeint sein könnte – eine Antwort auf die Tatsache, dass ständig neue Menschen in eine alte Welt hineingeboren werden, also eine Welt, die schon vor ihnen da war. Die Kunst besteht nun nicht bloß darin, ihnen zu zeigen, wie der Laden läuft oder laufen sollte – also ihnen zu zeigen, wie sie sich zu verhalten haben und was sie wissen und können müssen, um in der Welt, wie sie ist, zu funktionieren – sondern darin, ihnen zu zeigen, dass die Welt eine historisch gewordene und veränderbare ist. Pädagogik von unten heißt, jungen Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen, die Welt mitzugestalten, sich einzuschalten in den Lauf der Dinge.

Austauschorganisationen, die einen Bildungsanspruch haben, und Werte vermitteln wollen – auch politische – müssen, wenn sie „das Feld der politischen Mitgestaltung eröffnen“, offen sein. Aber sie müssen sich auch dazu bekennen, dass sie Jugendliche erziehen wollen?

Wenn ein Erziehungsanspruch besteht, sollte dieser auch benannt werden. Wir müssen auf jeden Fall sehr differenziert auf das schauen, was Austauschorganisationen tun. YFU macht bestimmte Dinge – Austauschprogramme organisieren – und verbindet damit bestimmte politische Interessen. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. YFU steht für bestimmte politische Ziele und wendet sich damit auch gegen problematische Entwicklungen in Politik und Gesellschaft – du hast ein paar Dinge ja in deinen

Fragen benannt. Worauf es am Ende ankommt, ist, dass wir diese Verknüpfung von Bildungsarbeit und politischer Ausrichtung von Organisationen in der internationalen Jugendarbeit als solche immer wieder selbstkritisch reflektieren und dabei präsent halten, dass immer die Gefahr besteht, Kinder und Jugendliche für die eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Dann verwischen die Grenzen von Erziehung, Bildung und politischem Handeln und wir schaffen Verhältnisse der Bevormundung. Eine solche Pädagogik ist zum Scheitern verurteilt, denn wer lässt sich schon gerne bevormunden? In meinem Buch habe ich einen Bildungsbegriff entwickelt, der dem einen Riegel vorschiebt und gerade darin die politische Relevanz und Verantwortung pädagogischer Institutionen sieht – für die Bildung des Subjekts wie für die Demokratisierung unserer Gesellschaft.

„Junge Menschen einzubeziehen, ihnen zuzuhören und mit ihnen gemeinsam Freiheit zu praktizieren.“ Diese Pädagogik, die Hannah Arendt als „Wagnis“ bezeichnet, ist ein großartiges und motivierendes Ideal. Hast du konkrete und praktische Beispiele dafür, wie dies in der Bildungsarbeit im Rahmen von Austauschprogrammen gelingen kann?

Dieses Ideal ist eigentlich gar nicht so ideal. Es ist nur eine andere Formulierung für das, was in der außerschulischen Bildung längst selbstverständlich ist: An den Bedürfnissen, Interessen, Themen und Erfahrungen der Jugendlichen ansetzen, Partizipation ermöglichen, auf die Jugendlichen und ihre Wahrnehmungen und Problemdeutungen eingehen, ihren Lebenskontext mitberücksichtigen und mit ihnen gemeinsam sinnvolle Bildungsangebote gestalten.

Ein Wagnis ist dieser pädagogische Ansatz insofern, weil ich als Pädagoge, als Pädagogin immer situativ in eine offene Zukunft hinein handeln muss. Ich weiß nie, wie sich der Prozess entwickeln wird, was am Ende rauskommt, welche Konflikte entstehen usw. Und sie ist auch deshalb ein Wagnis, weil ich mich als Pädagog*in zwangsläufig immer als ganze Person darin verstricke, mit all meiner Verletzlichkeit und Unperfektheit. Aber so ist das, wenn Freiheit in der Pädagogik eine Rolle spielen soll. Wir müssen uns aufeinander einlassen. Und genau das macht die pädagogische Arbeit im außerschulischen Bildungsbereich auch so anspruchsvoll: Ich muss präsent sein, mich auf die Eigensinnigkeit der Jugendlichen einlassen können, bereit sein, auch mal Umwege oder ganz neue Wege zu gehen, vom Plan abweichen oder einen neuen machen, auch wenn die Gefahr besteht, dass mal Dinge schief gehen.

Es bedarf eines hohen Maßes an Professionalität, Bildungsbedingungen so zu gestalten, dass die Jugendlichen sie als ihre eigene Veranstaltung, als ihr eigenes Projekt erfahren können. Damit dies



„Es bedarf eines hohen Maßes an Professionalität, Bildungsbedingungen so zu gestalten, dass Jugendliche sie als ihre eigene Veranstaltung, als ihr eigenes Projekt erfahren können.“

Stefan Schäfer

gelingt, muss mir als Pädagoge, als Pädagogin klar sein, worin das Ziel meiner Bildungsarbeit besteht und was den Sinn des Ganzen ausmacht – jenseits von auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Kompetenzen, jenseits von Spracherwerb usw.: Es geht um die Frage, wie wir miteinander leben wollen und wie wir selbst – Jugendliche wie Pädagog*innen – daran teilhaben können, unsere Welt im Hier und Jetzt zu einem Ort zu machen, an dem wir gerne leben. Hierauf gibt es keine vorformulierten Antworten, kein Programm, kein Curriculum. Diese Frage stellt sich immer wieder neu und muss als solche am Ende auch offenbleiben, damit weiterhin allen die Möglichkeit offensteht, sich einzubringen und mitzumachen.

Interkulturelle Bildung versus Diversitätskonzept

Der Begriff Völkerverständigung, der nach wie vor als Vereinsziel in der Satzung von YFU festgehalten ist, muss aus steuerrechtlichen Gründen weiter verwendet werden. Heute aber ist er überholt oder sogar rückwärts gewandt, weil er die Fiktion bestätigt, es gäbe homogene Völker, die sich verständigen müssen. Auch der Begriff der interkulturellen Kommunikation und Bildung ist nicht mehr umfassend genug, um die die theoretische Grundlage unserer Bildungsarbeit zu beschreiben. Kannst du deine Kritik am Begriff der interkulturellen Verständigung noch einmal ausführen?

Du hast es in deiner Frage schon erwähnt: Volk ist eine Fiktion, die der Realität von Migrationsgesellschaften nicht entspricht und auch nie entsprochen hat. In den 1970er Jahren wurde der Volksbegriff dann langsam durch den Kulturbegriff ersetzt. Auch hier wurde die Pluralität im Inneren einfach übergangen. Methodisch hat das die internationale Jugendarbeit enorm nach vorne gebracht, auch wenn ich interkulturelle Abende – so nett sie als Freizeitaktivität auch sein mögen – mit Blick auf Bildungsprozesse für irrelevant halte.

Problematisch wird es, wenn wir pädagogische Konzepte um eine vermeintliche kulturelle Normalitätsvorstellung stricken und die damit einhergehenden Abgrenzungen und Ausschließungsprozesse nicht mehr reflektieren. Wer definiert denn bitte, was eine deutsche, französische oder russische Kultur ist? Wer und was gehört dazu, was nicht und wer bestimmt darüber? Das Diversitätskonzept ist hier

viel weiter. Hier steht nicht die Kulturdifferenz im Zentrum, sondern es werden noch viele weitere Differenzen in ihren Überschneidungen in den Blick genommen, zum Beispiel Geschlecht, soziale Ungleichheit und vieles mehr. Dabei wird nicht davon ausgegangen, dass diese oder jene Differenz von Natur aus besteht, sondern sozial konstruiert ist und Machtverhältnisse spiegelt. Und diese Konstruktionen gilt es zum Gegenstand von Bildungsarbeit zu machen – und zwar genau dann, wenn sie ausgehend von dem, was in den Veranstaltungen passiert, eine Relevanz bekommen. Wenn Jugendliche im Seminar die Kulturdifferenz thematisieren, weil sie für sie eine lebensweltliche Relevanz hat, geht es nicht mehr darum, zu erörtern: Wie sind wir und wie sind die? Aus diversitätsbewusster Perspektive geht es dann darum, herauszuarbeiten, warum diese Differenz jetzt und gerade eine Bedeutung gewinnt, was damit zur Sprache gebracht werden soll, was das mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu tun hat und welche Probleme damit einhergehen.

Die Kritik am Konzept des interkulturellen Lernens bezieht sich vor allem auch darauf, dass individuelle und gesellschaftliche Konflikte nicht „kulturalisiert“ werden sollten. Wir erleben es im Schüleraustausch aber jeden Tag, dass Konflikte, die die Teilnehmer*innen erleben und lösen müssen, kulturelle Ursachen haben. Wie passt das zusammen?

Das würde ich hinterfragen. Ob ein Konflikt eine kulturelle Ursache hat, ist eine Frage der Problemdeutung – also in diesem Fall eine Interpretation Deinerseits. Meine These ist: Wenn wir genauer hinschauen, von der Lebenswelt der Jugendlichen ausgehen und uns mal von unseren theoretischen Vorannahmen freizumachen versuchen, sehen wir, dass das, was die Jugendlichen an Konflikten thematisieren, vielleicht eher etwas zu tun hat mit bestimmten Werten oder Interessen, die jemandem wichtig sind. Vielleicht ist es eine Ungerechtigkeitserfahrung. Oder jemand fühlt sich nicht richtig verstanden oder respektiert. Vielleicht kann die Ursache eines Konflikts auch darin gesehen werden, dass jemand die gewohnten Verhaltensweisen eines anderen in Frage stellt, dieser aber gerne daran festhalten möchte. Oder ich nehme Unterschiede im politischen System wahr, die mir missfallen. Vielleicht nehme ich auch in einem anderen Land wahr, wie privilegiert ich im eigenen Land und international eigentlich bin – dann geht es um globale Ungleichheit. Oder es handelt sich schlicht um Missverständnisse, und zwei Leute reden einfach aneinander vorbei.

Wenn Jugendliche in internationalen Begegnungen feststellen, dass man Dinge auf diese oder jene Weise machen kann, kann man schon mit Blick auf routinisierte Praktiken von Kultur sprechen, aber man sollte dann aufpassen, Staat und Kultur nicht gleich



zu setzen. Wenn ein Konflikt aufkommt, ist doch die Frage: Worum geht es denn konkret? Kulturalisierung bedeutet ja, dass ich über all die Feinheiten der lebensweltlichen Differenzproduktion hinwegsehe und von vornherein alles zu einem Problem der Kulturdifferenz umdefiniere. Ich gehe davon aus, dass dieser oder jener Konflikt auf eine kulturelle Ursache zurückzuführen ist. Mein ganzes Buch ist der Versuch, diese vermeintlich sicheren Deutungsmuster zu hinterfragen. Es ist ein Aufruf, hier genauer hinzuschauen und einen Blick dafür zu entwickeln, dass es sich hierbei um etablierte und eingefahrene Deutungsschemata handelt, die der Wirklichkeit und den Jugendlichen mitunter nicht gerecht werden. Zumindest sollten wir eine Klarheit darüber gewinnen, dass es sich dabei um Deutungsweisen handelt, die so, aber auch anders sein können. Dies gelingt nur, wenn ich mit Offenheit für die Perspektiven und Deutungen anderer in Kommunikation trete.

Bildungsgerechtigkeit

Die an unseren Austauschprogrammen teilnehmenden Jugendlichen können Kompetenzen erwerben, die ihre Chancen verbessern, beruflich erfolgreich zu sein. Teilst du die Einschätzung, dass wir mit dem Jugendaustausch die soziale Spaltung und die Bildungsungerechtigkeit aktuell sogar vertiefen, weil vor allem Jugendliche aus Familien an den Programmen teilnehmen, die über ein größeres soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital verfügen und ohnehin gute Bildungs- und Karrierechancen haben?

Hier zeigt sich für mich zunächst mal, dass auch YFU Teil einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist, die durch soziale Ungleichheit geprägt ist. Wenn die Teilnehmendenschaft sich eher aus privilegierten Jugendlichen zusammensetzt, ist das aus meiner Sicht ein Zeichen dafür, dass auch YFU Teil einer Gesellschaft ist, in der Privilegien ungleich verteilt sind und diese Ungleichverteilung von sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital sich auch über Institutionen reproduziert, die eigentlich andere Ideale vertreten. Diese bittere Feststellung verweist auf den – um mit Sünker zu sprechen – „Skandal der Bildung“, dass soziale Ungleichheit und Ausschließung durch Bildungsangebote nicht nur nicht überwunden, sondern sogar noch verstärkt werden können. PISA hat uns das gezeigt, und dass sich hier auch die außerschulische Bildung nicht ausnehmen kann, hat die Zugangsstudie für die internationale Jugendarbeit leider deutlich gemacht. Und deshalb werde ich auch unruhig, wenn einfach so von „europäischen Werten“, „Chancengleichheit“ usw. gesprochen wird. Ich denke, dass diese ideologischen Reden die realen Ungleichheitsverhältnisse eher verschleiern, denn aufdecken und letztlich auf individuelle Zuschreibungen von Scheitern

„Die Feststellung, dass sich soziale Ungleichheit auch über Angebote der internationalen Jugendarbeit reproduziert, sollte als Aufforderung gelesen werden, noch intensiver nach den Zusammenhängen von Angeboten der internationalen Jugendarbeit und gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu fragen.“

Stefan Schäfer

hinauslaufen – Jugendliche, die nicht an Austauschformaten teilnehmen, sind dann „bildungsfern“.

Ich finde, die Feststellung, dass sich soziale Ungleichheit und Ausschließung auch über Angebote der internationalen Jugendarbeit reproduzieren, sollte von uns als Aufforderung gelesen werden, noch intensiver nach den Zusammenhängen von Angeboten der internationalen Jugendarbeit und gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu fragen. Wir müssen uns dem stellen! Und dazu gehört, die Dinge beim Namen zu nennen. Ich wäre dafür, dass wir den Prozess des Sich-absetzens der Privilegierten von den Benachteiligten durch Bildung nicht dadurch weiter zementieren, dass wir die implizite oder explizite Forderung an die Benachteiligten richten, sich halt mehr anzustrengen nach dem Motto: Mach einen Jugendaustausch, damit kannst Du Deine Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern! Wir müssen einen Beitrag leisten, diese Tendenz neoliberaler Politik und Pädagogik zu durchbrechen, indem wir die emanzipatorische Seite der Bildung stark machen und die durchaus vorhandenen Ressourcen insbesondere für diejenigen zugänglich machen, die es auch sonst besonders schwer im Leben haben.

Es besteht Einigkeit darüber – und die Zugangsstudie hat das bestätigt – dass es soziale Gruppen gibt, die mit dem Begriff „austauschfern“ zu charakterisieren wären. Du kritisierst die Bezeichnungen „bildungsfern“, „benachteiligt“, „...mit besonderem Förderbedarf“ und „Migrationshintergrund“ als stigmatisierend. Welche Bezeichnung findest du korrekt?

Es gibt keine korrekte Bezeichnung. Jede Bezeichnung verweist auf die gerade benannten Widersprüche. Was mich ärgert, ist, dass diese Bezeichnungen häufig dazu genutzt werden, um die gesellschaftspolitischen Bedingungen sozialer Ungleichheit und Ausschließung zu verschleiern, um dann immer neue „besondere Formate“ für „besondere Jugendliche“ mit „besonderen Herausforderungen“ zu entwickeln. Das ist eine Diskursverschiebung, die individualisiert und damit ablenkt von den gesellschaftlichen Ursachen sozialer Probleme. Gegenstand der Bearbeitung sind dann nicht mehr die je



konkreten Ursachen der Unterprivilegierung, Benachteiligung und Marginalisierung und die Strukturen, die wir mit unseren Organisationen selbst erzeugen, sondern die Betroffenen selbst, ihr Verhalten, ihre Lebensführung, ihre Weltsicht usw.

Aber ein Verzicht auf das Bezeichnen sozialer Ungleichheit ist doch genau so problematisch wie der individualisierende Umgang damit.

Da stimme ich dir voll und ganz zu. Wichtig scheint mir, dass wir uns immer daran erinnern, dass hierbei auf gesellschaftliche Bedingungen zu verweisen ist. Wenn also Gruppen benannt werden müssen, um soziale Ungleichheit sichtbar zu machen und unsere Angebote zugänglich zu machen, dann sollten wir Begriffe verwenden, die dies auch können. Soziale Benachteiligung war eigentlich als ein solcher Begriff angelegt, und darum nutze ich ihn auch. Manche sprechen auch von marginalisierten Jugendlichen, was ich auch vernünftig finde. Was die Begriffe benennen sollten, sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, die gegebene Ordnung und ihrer Problematiken, nicht die vermeintlichen Defizite von Menschen als Zielgruppen. Am Ende glaube ich, dass wir dieser Problematik nur durch eine beharrliche Selbstreflexion und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in der Reproduktion von Ungleichheit und Ausschließung zu Leibe rücken können – zumindest wäre damit ein Weg angezeigt, sich diese zu vergegenwärtigen und in der Angebotsentwicklung präsent zu haben. Auch das heißt politische Dimension der internationalen Jugendarbeit.

Angebot und Nachfrage – was wollen die Jugendlichen selbst?

Die meisten Jugendlichen, die an unseren Programmen teilnehmen, wollen etwas erleben, Freund*innen in anderen Ländern finden, eine gute Zeit haben – das beste Jahr ihres Lebens. Wenn das Stichwort Lernen fällt, wird oft nur an das Erlernen von Fremdsprachen gedacht. Mit den Inhalten und Zielen der politischen Bildung würden wir die Jugendlichen kaum hinter ihren Endgeräten hervorlocken. Hältst du es für legitim und richtig, unsere politischen Ziele in unserer Öffentlichkeitsarbeit in den Hintergrund treten zu lassen?

Das halte ich für eine fatale Fehleinschätzung! Die junge Generation ist so politisiert wie lange nicht mehr. Natürlich spiegelt sich auch im politischen Engagement die Ungleichheitsordnung unserer Gesellschaft wider. Es sind sicher nicht alle Jugendlichen so engagiert, wie diejenigen, die sich an Fridays for future beteiligen. Die Freiheit von Not und Sorge ist bekanntermaßen eine nicht zu übergehende Voraussetzung von politischem Engagement. Aber

die Annahme, dass wir die Jugendlichen nicht hinter ihren Endgeräten hervorlocken würden, wenn wir transparent machen, dass es mit unseren Angeboten darum geht, auch – nicht ausschließlich! – politische Themen zu diskutieren, kann ich doch nur treffen, wenn ich einen defizitorientierten Blick auf sie habe. Ich würde anders herangehen: Ich unterstelle Jugendlichen erstmal, dass sie an Fragen des guten Lebens, an Fragen des gerechten Zusammenlebens und damit an Fragen der Politik und des Politischen interessiert sind. Ich unterstelle erstmal allen Jugendlichen, dass sie in der Lage sind und ein Interesse daran haben, in politischen Fragen, die sie und andere betreffen, eine Position zu beziehen – es braucht eben einen Rahmen, der ihnen dies auch ermöglicht.

Die Herausforderung unserer Arbeit besteht doch darin, ausgehend von dem, was die Jugendlichen in ihren lebensweltlichen Zusammenhängen umtreibt, auf die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Fragen zu kommen. Sie können dann erfahren, dass das, was sie persönlich betrifft, etwas zu tun hat mit globalen gesellschaftspolitischen Themen und Herausforderungen. Ich muss allerdings als Pädagog*in in der Lage sein, die politische Dimension im Klein-Klein der lebensweltlich-sozialen Zusammenhänge, wie sie sich in internationalen Begegnungen und im Gruppengeschehen ergeben, auch zu erkennen. Das nennt sich politische Bildung, und zwar eine, die von der Lebenswelt der Jugendlichen ausgeht.

Wie könnte das in der internationalen Jugendarbeit konkret aussehen?

Es sollte darum gehen, Jugendliche in (internationale) Handlungszusammenhänge zu verstricken und sie dabei zu begleiten, sich die Welt anzueignen und mitzugestalten. Gerade in der außerschulischen Bildung, würde ich sagen, kann dies sehr gut gelingen. Denn wo sonst im pädagogischen Bereich besteht eine solche Offenheit bezüglich der Themenauswahl und der methodischen Umsetzung wie hier? Jugendliche können und sollen das, was im Rahmen von Austauschprogrammen inhaltlich-thematisch bearbeitet wird, sowie die Frage, wie es methodisch umgesetzt wird, entscheidend mitbestimmen und mitgestalten. Meine Aufgabe als Pädagoge, als Pädagogin besteht darin, den Rahmen zur Verfügung zu stellen und sie dabei zu unterstützen.

Ein Gedanke, der mich in meiner Arbeit für YFU inspiriert und motiviert. Herzlichen Dank für das Gespräch, lieber Stefan!



→ DIE GESPRÄCHSPARTNER

Dr. Stefan Schäfer ist Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der TH Köln. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Geschichte und Theorien Sozialer Arbeit, politische Theorie und Bildungsphilosophie sowie die Praxis politischer Bildung und internationaler Jugendarbeit.

Knut Möller ist Geschäftsführer des Deutschen Youth For Understanding Komitees e.V. (YFU) mit Sitz in Hamburg. YFU ist eine der ältesten und größten Organisationen für internationalen Jugendaustausch und setzt sich gemeinsam mit Partnerorganisationen in rund 50 Ländern für interkulturelle Bildung und Toleranz ein.



YOUTH FOR UNDERSTANDING
Internationaler Jugendaustausch

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V.
Gemeinnütziger Verein | Träger der freien Jugendhilfe
Redaktion: Corinna Schmidt, YFU
Geschäftsstelle: Oberaltenallee 6 | 22081 Hamburg
Telefon & Fax: 040 22 70 02 -0 | -27
E-Mail & Internet: info@yfu.de | www.yfu.de

Stand: Dezember 2021